

Gendarstellung des Islamischen Zentrums Bielefeld e.V. zu den Aussagen des Bielefelder Integrationsratsvorsitzenden Mehmet Ali Ölmez in der Neuen Westfälischen vom 19.10.2015

Im Rahmen der am 17.10.2015 stattgefundenen Verteilaktion des Grundgesetzes in der Bielefelder Innenstadt äußerte sich der Integrationsratsvorsitzende der Stadt Bielefeld bzgl. der Beteiligung der muslimischen Gemeinden gegenüber der Neuen Westfälischen wie folgt:

Zitat: „Ich habe sie alle angesprochen, bin in allen Moscheen gewesen und habe gesagt: „Macht mit“. Die Resonanz war 0. Alle sagen, sie möchten die Salafisten nicht hier haben, sie sagen, sie verurteilen deren Haltung.“

Weiterhin äußerte sich Herr Ölmez in der NW:

Zitat: „Aber dagegen vorgehen wollen sie nicht. Das begreife ich nicht.“

An Herrn Cemil Sahinöz, Vorsitzender des Bündnisses Islamischer Gemeinden in Bielefeld, und somit auch stellvertretend an das Islamische Zentrum Bielefeld e.V., welches ein Vorstandsmitglied im Bündnis Islamischer Gemeinden stellt, richtet Herr Ölmez folgende Aussage:

Zitat: „Er (Cemil Sahinöz) hätte die Leute aktivieren müssen.“ In diesem Zusammenhang erwähnte Herr Ölmez die Möglichkeit, dass Angst eine Erklärung der mangelnden Kooperation der muslimischen Gemeinden an der Verteilaktion des Grundgesetzes sein könne.

Diese Aussagen suggerieren eine Taten- und Konzeptlosigkeit der islamischen Gemeinden im Rahmen der Präventions- und Integrationsarbeit für die von Radikalisierung bedrohten, insbesondere männlichen, Muslime.

Der Vorstand des Islamischen Zentrums Bielefeld e.V. (im folgenden IZB genannt) möchte hierzu wie folgt Stellung beziehen:

Über die Planung zu der Gegenaktion zur Koranverteilung konnten wir uns lediglich über eine Pressemitteilung in der Neuen Westfälischen vom 09.10.2015 informieren. Eine Aufforderung an die islamischen Gemeinden in Bielefeld, also auch an das IZB, ging damit nicht einher. Der durch Herrn Ölmez geäußerte Wunsch der Beteiligung von islamischen Gemeinden, wurde in dem oben genannten Artikel nicht erwähnt. Hier wurde lediglich von Herrn Ölmez, in seiner Funktion als Integrationsratsvorsitzender, seinen Mitstreitern und seinen Freunden gesprochen.

Zu unserem Bedauern hat Herr Ölmez im Rahmen der Vorbereitungen der Aktion, entgegen seinen Äußerungen, das IZB weder kontaktiert, noch kam es zu einem, durch den Integrationsratsvorsitzenden initiierten, zumindest informativen, persönlichen (Aktivierungs-)Gespräch mit dem Vorstand des Islamischen Zentrums Bielefeld e.V.

Zu Herrn Ölmez Aussage „Alle sagen, sie möchten die Salafisten nicht hier haben, sie sagen, sie verurteilen deren Haltung.“ und „Aber dagegen vorgehen wollen sie nicht“ möchten wir folgendes entgegen:

Der Vorstand, als auch die Gemeinde des IZB, verfolgt die Koranverteilung ebenso kritisch, wie mit großer Sorge. Die Aussage, wir würden nichts dagegen unternehmen, trifft in keinster Weise zu.

Gendarstellung des Islamischen Zentrums Bielefeld e.V. zu den Aussagen des Bielefelder Integrationsratsvorsitzenden Mehmet Ali Ölmez in der Neuen Westfälischen vom 19.10.2015

Zur Erläuterung: Das IZB arbeitet als unabhängige Institution. Es ist keiner politischen Partei und auch keiner nationalen oder internationalen Institution angeschlossen und sieht sich der freiheitlich-demokratischen Ordnung der BRD ohne Einschränkung verpflichtet. Unsere Präventiv- und Integrationsarbeit ist von je her nachhaltig, langfristig und einbindend ausgelegt und beruht auf den Säulen der Aufklärung und Bildung. Die Bedeutung und auch die Anerkennung des Grundgesetzes ist hier ein wesentlicher Bestandteil und steht für uns in keinem Widerspruch zur Religionsausübung.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, vermeidet das IZB die Ausgrenzung der von Radikalisierung betroffenen jungen Menschen. Die Anbindung an die Gemeinde, Schulungen, aber auch Streitgespräche in religiösen Fragen, Ferienworkshops zu Themengebieten wie Radikalisierung, um hier nur einige Aktivitäten zu nennen, ermöglicht es uns vor allem junge Muslime zu erreichen und auch von einer weitergehenden Radikalisierung abzuhalten.

Einmalig plakative und demonstrative Aktionen entsprechen, auf Grund ihrer geringen Nachhaltigkeit, nicht der Präventions- und Integrationsphilosophie des IZB. Eine Beteiligung an solchen Aktionen ist also keine Frage der Angst vor Repressalien oder gar Gewalt, sondern eine Frage der Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit.

Offen bleibt hier, ob das IZB aus diesem Grund nicht durch den Integrationsratsvorsitzenden an der Grundgesetzverteilerung beteiligt wurde.

Falschaussagen die (vielleicht auch nur aus einer emotionalen Situation heraus), auch gegen das Islamische Zentrum Bielefeld getroffen wurden, sollten aus Sicht des IZB allerdings kein Anlass sein, eine Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat der Stadt Bielefeld als unmöglich erscheinen zu lassen.

Eine Zusammenarbeit kann, in Anbetracht der schweren Vorwürfe, allerdings nur dann erfolgen, sofern die Falschaussagen durch den Verursacher öffentlich korrigiert werden und somit die Glaubwürdigkeit des IZB als gleichwertiger Kooperationspartner wiederhergestellt ist.

Gerne hat der Vorstand des IZB Herrn Ölmez im Rahmen der Integrationsratssitzung am 28.10.2015, unter den genannten Voraussetzungen eingeladen, die Präventionsarbeit an der Basis kennenzulernen, gemeinsam Synergiepotentiale zu erörtern und mögliche Synergieeffekte in die gemeinsam zu bewältigende Herausforderung der Radikalisierungsprävention einfließen zu lassen.

Zum Bedauern des Vorstandes des IZB äußerte sich Herr Ölmez im Rahmen der Integrationsratssitzung nur ausweichend zu einer öffentlichen Korrektur seiner getroffenen Aussagen. Um einer weiteren Rufschädigung durch den Integrationsratsvorsitzenden vorzubeugen sieht sich der Vorstand des IZB veranlasst Herrn Ölmez aufzufordern eine entsprechende Unterlassungserklärung abzugeben.

Bielefeld im November 2015

Der Vorstand des Islamischen Zentrum Bielefeld e.V.